

Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Millimeterzeile für Arbeitsgesuche 20 Goldpfennig, für Arbeitsangebote 40 Goldpfennig

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stapelhor 17, Fernruf 3366 und 3367. Schluß der Redaktion: Freitags morgens 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 52

Duisburg, den 26. Dezember 1925

26. Jahrgang

Und Friede auf Erden den Menschen

Weihnacht in diesem Jahr und Friede? Wilder als sonst scheinen Schnee und eisiger Wind durch die Straßen zu fegen, dunkler und trüber als sonst scheint der Himmel zu sein, unter dem die bleigrauen Wolken tiefverhangen jagen; sehen wir nicht, daß Bäume und Sträucher erschauernd dastehen unter den Hieben von Frost und Eis? Und die Natur scheint sich in ihrem wilden unbändigen Wirken übertragen zu haben auf die wirtschaftlichen und sozialen gegenwärtigen Verhältnisse, unter denen Deutschland leidet. Hunderttausende von Erwerbslosen und Kurzarbeitern, bei denen vielleicht schon monatelang die hohere Not am Mittagstisch sitzt, schauen sorgenvoll in die Zukunft; über anderen hängt das Damoklesschwert der Ungewissheit, dazu bitteres soziales Ringen um Rechte, die den arbeitenden Ständen zustehen als ihr moralisches Eigentum. Weihnacht und Friede?

Und trotzdem Friede! Was ist es, das selbst in den ärmsten und traurigsten Zuständen Vater und Mutter bewegt, für ihre Kinder notdürftig etwas zu machen, wenigstens ein Bäumchen mit einigen Kerzen aufstellen zu können, um im Glanz der Kinderaugen eigenes Jugendleuchten und Jugendheiligkeit zu finden? Sie empfinden es tief, wenn auch oft unbewußt: Weihnacht ist das Fest der Familie und des Gemeinschaftsgedankens, und darum ist es auch das Fest des Friedens. Ja, es ist zum Symbol des Friedens geworden, das jeder in sich trotz der Wirrnisse der Zeit tief empfindet.

Als Christus als Weltelöser geboren wurde, war der Schrei und die Sehnsucht nach Frieden gewaltiger als jetzt, weil sie tiefere Gründe hatte. Seelisch war die Menschheit zerrissen, ungläubig, weislos, einige hoffend; die Menschenwürde zersprengt unter dem Druck erbärmlicher Sklaverei und innerster Verachtung der unteren Schichten. Elender war die Menschheit nie als zur Zeit seiner Geburt. Haß, Zerrissenheit, Feindschaft — so stellte sich die alte Welt dar.

Da schuf Christus nicht nur den Menschen der inneren starken Tat, da schuf er auch neu das Band der Familie, und seit der Zeit geht das tiefe Verlangen der Menschheit nach Gemeinsamkeit durch die Geschichte, das die Menschheit doch letztlich immer tiefer gefaßt hat als nur die Frage nach dem Materielle. Denn der Mensch lebt nicht allein vom Brote.

Weihnacht, das Fest der Gemeinschaft. Es ist ein staunenswertes Ereignis, daß der Stifter des Christentums gerade die Liebe und auch die Liebe durch die Gemeinschaft — ein vorher so oft mißbrauchtes Wort — in den Mittelpunkt seiner Religion stellt, ja, daß er die Nächstenliebe, die Frucht des Gemeinschaftsdenkens selbst in die Höhe der Gottesliebe emporhebt. Die Selbstliebe erscheint als bloße Tatsache, als selbstverständliche Voraussetzung, aber es wird sofort ein aus-

gesprochenes Gebot: „Du sollst“, wenn diese Liebe sich weiter erstrecken soll. Und von diesem Gebot ausgehend, stellt der christliche Gemeinschaftsdenke schon das erste Gebilde, die Familiengemeinschaft, unter den Gedanken der dauernden Befehlung, der sittlichen Ordnung und Gestaltung, der Einstellung auf das menschliche Gesamtleben und das Dienen des Ewigkeitsberufes.

Auch andere Kräfte suchen Gerechtigkeit und Gleichheit zu schaffen, aber sie sind nicht in der Lage, wie das Christentum eine lebendige, seelische Einheit zu formen. Denn was getrennte Menschen und Schichten gemeinschaftsfühlend macht, ist nicht die starre paragrafierte Gerechtigkeit, sondern das werttätige und freudige Bejahen einer inneren Verbundenheit. Es ist falsch, zu glauben, daß eine Hebung des materiellen Niveaus allein — bei der Arbeiterschaft etwa nur eine Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse — die Menschheit innerlich höher heben könne. Die augenblickliche moralische und soziale Notlage und die tiefe Zerküftung der Gesellschaft zeigen doch deutlich, daß sich die Verhältnisse dauernd nur bessern lassen, wenn die Menschen besser werden, und daß die Fähigkeit und der Wille zur freudigen Verständigung nur dann wieder in den Menschen erwachen, wenn sie aus ihrer egoistischen Erstarrung befreit werden. Dazu bedarf es aber bescheidener, opferbereiter Aufbauarbeit!

Die Aufbauarbeit zum Gemeinschaftsdenken wird an erster Stelle vollzogen durch den lebendigen Geist der christlichen Familie, besonders auch der Arbeiterfamilie.

Von der christlichen Familie bis zum Arbeiterstand ist kein weiser Schritt. Welch eine Solidarität, welch ein Korpsgeist unter denen, die die Aufgaben ihres Standes verstehen! Ist nicht die Gewerkschaftsarbeit der Vertrauensleute fester Dienst an der Gemeinschaft, an der kulturellen, seelischen und wirtschaftlichen Besserstellung der Arbeiterschaft! Haben sie denn Lohn davon, daß sie in Wind und Wetter den Unorganisierten und Gleichgültigen nachgehen und sie zu gewinnen suchen? Ihr Lohn ist einzig das Bewußtsein, für die Gesamtheit zu arbeiten. Und sehen wir unsere jetzige Neuordnung der Beiträge an! Ein Beitrag für die Wirtschaftsoffer sollte es sein, für die Erwerbslosen und wirtschaftlich Bedrängten. Und was sehen wir? Auf der ganzen Linie eine freudige Bejahung des Beitrages; es ist kaum eine Ortsverwaltung, die diesen Beitrag nicht auf den ersten Anruf durchführte trotz oder vielleicht gerade wegen der Krisenzeit. Das wäre undenkbar gewesen ohne den starken Gemeinschaftsgeist und das freudige Zureinanderstehen der gesamten Kollegenschaft. Aber sind „Wir vom Christlichen Metallarbeiterverband“ das denn überhaupt anders gemohnt?

Wenn heute die Erwerbslosen sich nicht an der Armenverwaltung herumdrücken müssen, wie es in der Vorkriegszeit der Fall war, sondern ihr Recht auf ihre —

menn auch geringe — Unterstützung haben und sie erhalten, dann haben sie das nur der Kraft der Gewerkschaften, also der Solidarität der Arbeitskollegen, zu danken. Ohne sie wäre das nie gekommen. Ist ferner das Ringen um die Regelung der Kurzarbeiterbezüge nicht auch der prägnante Ausdruck des Gemeinschaftsdenkens in der Arbeiterschaft? Und was wir in uns selbst fühlen, müssen wir auch den andern Ständen einzuprägen suchen.

Deshalb wollen wir diesen Geist auch in die Wirtschaft hineinbringen, und deshalb stehen wir trotz allem auf dem Boden der Arbeitsgemeinschaft. Aber wenn wir darauf stehen, dann wollen wir sie betrachtet wissen nicht als eine sogenannte „Not-Gemeinschaft“ nur für die Lage der Not, denn dann besteht viel zu leicht die Gefahr, daß sie im Grunde gar nichts anderes wird als ein Hagelschutz für gewisse Zwecke und gewisse Leute. Nein, wir sehen vielmehr in der Arbeitsgemeinschaft ein Dauerinstrument zur Verengung der Kluft zwischen Kapital und Arbeit und zur Behebung der sozialen Krisen, aber unter stolzer Wahrung unserer Rechte und Interessen. Wir wollen nicht mehr sein als andere Schichten, wir wollen gar nichts „Extra“, aber wir wollen, daß man uns Arbeiter achtet und gleichwertig behandelt. Wenn das aber noch oft im argen liegt, wen trifft dann die Schuld? — Wir glauben trotz aller Schwierigkeiten an eine Befestigung auf die Tat einer wirtschaftlichen Gemeinschaftsarbeit, denn ohne sie würde Deutschland selbst unter furchtbaren Krisen nicht den Weg nach oben finden.

Und schauen wir weiter um uns! Langsam weichen die Nebel des überspannten Nationalismus vom Himmel Europas, und die europäischen Völker scheinen sich endlich darauf zu begeben, daß Europa mehr ist als nur ein Kontinent mit 20 sich beherrschenden Staaten, sondern auch ein Stück kultureller und wirtschaftlicher Schicksalsgemeinschaft gegen die Angriffe, die vom Westen und Osten Europa drohen. Je mehr sich dieser Gedanke durchsetzt, um so stärker rückt unser Vaterland wieder an die Stelle, die ihm gebührt. Wir brauchen den Locarno-Pakt nicht unter dem politischen Gesichtswinkel zu sehen, um dennoch bekennen zu müssen, daß er auch an der Reinigung im europäischen Denken beigetragen hat, mögen wir nun Einzelheiten des Paktes zustimmen oder nicht. Es wird den europäischen Staatsmännern das furchtbare Wort Normann Angells bekannt sein, des einsamen Propheten, der sagte: „Kommen die europäischen Staaten nicht zu einer inneren Verständigung, ist Europa endgültig verloren!“

Sicher: Trotz allem herrscht ein großes Sehnen nach Frieden und Gemeinschaftsgefühl, und wir sind auf dem Wege zur Besserung der Verhältnisse.

Aber auch da gilt das Wort des englischen Großindustriellen Cadbury: „Man kann nur mit Christus im Zeitalter des Kapitalismus wirksam am Frieden und an der Lösung der sozialen Frage arbeiten.“

Das nennt man Gewerkschaftsgeist!

Unser Kollege Vertrauensmann E. Dohmen und mehrere andere Kollegen senden uns ein Schreiben, das wert ist, weitesten Kollegenkreisen zugänglich gemacht zu werden, denn aus ihm spricht der alte bewährte gewerkschaftliche Geist der Gründungszeit. Es lautet:

In unserm Organ Nr. 48 vom 28. 11. 1925 ist eine Tabelle veröffentlicht worden, mit der Ueberschrift: Reaktion und Metallarbeiterchaft. Da steht: Buchdrucker 95 Prozent organisiert, 2 M. Wochenbeitrag. Im Holzgewerbe 70 Prozent organisiert, 1,50 M. Wochenbeitrag. Baugewerbe 70 Prozent organisiert, 1,55 M. Wochenbeitrag, und Eisen-Metallarbeiter 50 Prozent und ein Beitrag von 0,75 M. Worin liegt die Ursache für diesen geringen Prozentsatz organisiert. Meines Erachtens nach liegt die Schuld daran 1. weil die Konjunktur uns in den Jaum hält, 2. die sehr niedrigen Wochenbeiträge, 3. die niedrigen Unterstützungsätze. Darum appellieren wir an die Hauptverwaltung, daß auch sie zu dem Entschlusse kommt, und sucht sich dem Holzgewerbe und Buchdrucker anzupassen mit den höheren Wochenbeiträgen.

Wir wollen gerne jede Woche 2 M. opfern, damit, wenn wir in einen Kampf treten, ihn voll und ganz durchführen können, und nicht wie es hier bisher immer war, wenn der Kampf 4-5 Wochen gedauert hat, trich uns der Sommer wieder zur Arbeit und dann immer zu unseren Ungunsten. Das ist aber hauptsächlich auf den freien Metallarbeiterverband mit seinen niedrigeren Beiträgen zurückzuführen. Bekämen wir ein paar Mark mehr die Woche, könnten wir besser haushalten. Und jetzt ist es ja

die beste Zeit, weil jetzt ja keine Tarifabschlüsse gemacht werden. Im Frühjahr kommen sie erst dann. Daß wir hier in der Drisgruppe 0,40-0,50 Lokalgeld nehmen, lohnt sich nicht so als wenn wir 1,50-2,00 M. Beitrag bezahlen, und diesen an der Hauptklasse abführen, denn wenn wir 1,50-2 M. bezahlen, ist es bestimmt, daß wir viel mehr neue Mitglieder bekommen; denn die die meisten wollen höhere Unterstützung haben, aber auch dementsprechend hohe Wochenbeiträge bezahlen.

Man möchten wir die Hauptverwaltung und Hauptvorstände bitten, dieses Schreiben nicht außer acht zu lassen, sondern versuchen es durchzuführen und sich nicht immer nach den freien Gewerkschaften richten. Wenn es nicht durchführbar ist, dann hat es ja auch keinen Zweck. Solche Tabelle in die Zeitung zu setzen. Verschiedene Mitglieder sind hier bereit, höhere Beiträge zu zahlen, nur der Hauptvorstand muß dies anordnen und genehmigen. Wenns geht, am 1. Januar oder am 1. Feb. ar. Für pünktliche Ablieferung Sorge ich. Wie ihr darüber denkt, bitten wir nun um klare Antwort. Unsere Stellung der Drisgruppe macht sich mit der Zeit immer fester. Die freien Gewerkschaften bereiten uns ab und zu Schwierigkeiten, die ich bisher noch immer gut überwinden habe.

Gott segne die Christliche Arbeit.
E. Dohmen.
Wir wollen dem Schreiben des wackeren Vertrauensmannes, unseres Freundes Dohmen, und seiner treuen Kollegen nichts hinzufügen, sondern nur ausprechen, daß mit einem solchen Geiste die Organisation auch die allergrößten Hindernisse überwindet. Dieser Geist sollte in allen Gruppen herrschen.

Was geschieht für unsere Kurzarbeiter?

Auf die Notlage der in Kurzarbeit beschäftigten Arbeiter hat der Christliche Metallarbeiterverband in einer Eingabe an die deutsche Regierung hingewiesen und dabei betont, daß die Notlage der Kurzarbeiter bis aufs äußerste gestiegen und bei vielen noch erheblich größer sei als bei vollständig erwerbslosen Arbeitern.

Wie groß die Notlage der Kurzarbeiter ist, wollen wir an Hand der Lage in unserer Essener Verwaltungsverhältnisse darlegen.

42,3 Prozent aller noch im Essener Bezirk beschäftigten Metallarbeiter sind Kurzarbeiter. Der übergroße Teil hiervon arbeitet nur 30-42 Stunden, also im Durchschnitt 36 Stunden, ein geringer Teil 24-30 Stunden wöchentlich. Hieraus ergeben sich für die Kurzarbeiter folgende Wochenlöhne (abzüglich 6 Prozent für Sozialversicherung und Erwerbslosenfürsorge):

	bei 30stünd. Arbeitszeit	bei 36stünd. Arbeitszeit	Die Erwerbsl. Unt. betz. u. Berufsl. einer 30% Erhöhung
Hilfsarb. mit Frau u. 2 Kind.	16,92	20,31	21,45
Hilfsarb. mit Frau u. 3 Kind.	8,82	12,21	18,08
Facharb. mit Frau u. 2 Kind.	23,97	29,77	21,45
Facharb. mit Frau u. 3 Kind.	25,67	30,80	23,03

Aus vorstehender Gegenüberstellung geht hervor, daß die Kurzarbeiter mit einer geringen Anzahl Arbeitsstunden erheblich weniger verfügbares Einkommen erzielen als die vollständigen Erwerbslosen. Ein Hilfsarbeiter mit 5 Kindern erzielt bei 30stündiger Arbeitszeit rund 10 M pro Woche weniger Einkommen als der Erwerbslose mit der gleichen Kinderzahl. Dabei muß noch betont werden, daß auch die Unterhaltungsgehälter für Erwerbslose als nicht der Forderung entsprechend angesehen werden können. Bei einer Arbeitszeit von nur 16 oder noch weniger Arbeitsstunden pro Woche ist es den meisten Arbeitern nicht möglich, ihr Arbeitsverhältnis durchzuhalten, da die Aufwendungen für unbedingt notwendige Arbeitskleidung und Schuhzeug, sowie Nahrungsmittel größer sind als das Einkommen.

Der Christliche Metallarbeiterverband hat stets mit großem Nachdruck auf die Notwendigkeit einer Erhöhung der Unterstützungssätze für vollständig Erwerbslose hingewiesen, dazu aber betont, daß auch den Arbeitern mit erheblicher Kurzarbeit eine entsprechende Unterstützung gewährt werden müsse. Wenn den Kurzarbeitern lediglich nur der Differenzbetrag zwischen Nettolohnneinkommen und festgelegter Erwerbslosenunterstützung gezahlt werden soll, so ist entgegenüber darauf hinzuweisen, daß mindestens auch die Mehraufwendungen an Kleidung und Nahrungsmitteln, die die Kurzarbeiter gegenüber den Erwerbslosen haben; berücksichtigt werden müssen. Diese Mehraufwendungen könnten u. E. durch besondere prozentuale Zuschläge ausgeglichen werden. In Anbetracht der ungeheuren Notlage, in der sich neben den Erwerbslosen auch die Arbeiter mit erheblicher Kurzarbeit befinden, ist es ein Gebot der Stunde, baldigst auch eine entsprechende Kurzarbeiterunterstützung einzuführen.

Die industrielle Dezentralisation

E. Corbach.

Wir haben in Nr. 50 unter dem Titel „Europäische Wirtschaftskrisis“ auf die Verschiebung der Produktionspole hingewiesen — und die Gefahr, die für die deutsche Wirtschaft besteht, wenn sie nicht rechtzeitig mit stärkerer Forcierung von Qualitätsmaßnahmen auf den Weltmarkt kommt. Im vorliegenden Artikel gibt Corbach nähere Zahlen über die „Wanderungen“ der Industrie, die äußerst beachtenswert sind. Wenn wir nicht auf jede berechnete Art eine Steigerung der Qualität und eine Verbesserung der Produkte erzielen, ist vielleicht die industrielle Zukunft Deutschlands doch erheblich bedroht. Was den Punkt „Verbilligung“ ohne Lohnabbau anbelangt, mögen unsere Kollegen in dem Artikel dieser Nr. „Die Normung in der Industrie“ nachlesen.

Für das Wirtschaftsleben innerhalb des europäisch-amerikanischen Kulturkreises war vor dem großen Kriege nichts so bezeichnend, wie der Wettlauf der großen Industriestaaten um neue Absatzmärkte. Seitdem sich aber in Deutschland und der nordamerikanischen Union dem englischen Vorbilde ebenbürtige Exportindustrien entwickelt hatten, und auch anderwärts im nationalen Wirtschaftsleben immer stärker der Drang hervortrat, in die Lage zu geraten, „Waren statt Menschen zu exportieren“, mußte sich der Weltmarkt immer mehr für so viele Zentren des Export-industrialismus als zu eng erweisen. Das war einer der Hauptursachen des Weltkrieges, in dem beide Mächtegruppen weniger bewußt als instinktiv die Absicht verfolgten, durch den Ruin der gegnerischen Industrie auf erweiterter Basis das ursprüngliche Ideal eines „einigen Marktes“ zugunsten des eigenen Industrie-monopols wiederherzustellen.

In Wirklichkeit hat nun aber der Weltkrieg eine völlig entgegengesetzte Wirkung gehabt. Er hat die Monopolstellungen der alten Industriestaaten, auch die der Sieger, tödlich erschüttert und die schon in der Vorkriegszeit wirksamen dezentralistischen Tendenzen auf Kosten der zentralistischen um ein Vielfaches gestärkt. Die elementare Gewalt, womit sich dieser Umschwung seit Kriegsausbruch in den verschiedensten Gegenden vollzieht, mögen einige Beispiele illustrieren.

Argentinien, Brasilien und Australien waren vor dem Kriege drei der wichtigsten Märkte für die Ausfuhr von Schuwaren aus Ländern mit vollentfalteter Industrialismus, vor allem der Vereinigten Staaten. Heute decken sie fast ihren gesamten Bedarf durch inländische Erzeugung. Moderne Kiesenbetriebe schisken auf diesen und andern ein, „lohnenden Absatzmärkten“ wie Pilze aus dem Boden. In Antofagasta in Chile wurde kürzlich im Salpeterdistrikt eine Fabrik dem Betriebe übergeben, die den Gesamtbedarf von Chile, Peru, Bolivien und Nordargentinien zu decken vermag. Kanada erzeugte 1914 751 738 Tonnen Stahl, 1918 bereits 1 699 886. Indien konnte schon 1923 rund 200 000 Tonnen Stahl ausführen. In China gab es vor zehn Jahren 558 moderne Fabriken, heute beträgt ihre Zahl über 1400, wobei tausende halbmoderner Betriebe gar nicht mitgerechnet sind. Zu diesen mit der modernsten Maschinerie ausgerüsteten Anlagen gehören: 83 Baumwollspinnereien und -webereien, 218 Seiden-spinnereien, 82 elektrische Kraftwerke, 58 Druckerien, 54 Seifen- und Kerzenfabriken, 51 Telephonwerke usw. 1903 gab es erst zwei Baumwollspinnereien in China mit 65 000 Spindeln, 1916 42 mit 1 154 000 Spindeln, jetzt 83 mit nahezu zwei Millionen Spindeln. Sie sind im Betrieb oder im Bau befindlich; eine weitere Million Spindeln sind in Auftrag gegeben.

Am raschesten entfaltet sich die Tendenz zur Dezentralisation in der Bekleidungsindustrie. Nach einer Statistik der „International Cotton Federation“ waren im Jahre 1923 für die chines. Textilindustrie fast soviel Spindeln im Bau wie für die gesamte übrige Welt, nämlich rund 700 000. An zweiter Stelle folgte Japan mit 338 816, an dritter Stelle Indien mit 196 321, an vierter Stelle Frankreich mit 150 208, an fünfter Deutschland mit 77 441, erst dann Großbritannien mit 50 192 Spindeln. Im Jahre 1854 überwog Europa bei der Verteilung der Textilindustrie noch so sehr, daß die Vereinigten Staaten mit ihren 1 400 000 unter insgesamt 20 900 000 Spindeln nur etwa den fünfzehnten Teil besaßen. Asien kam überhaupt noch nicht in Betracht. 1883 gehörten unter einer Gesamtmenge von 80 600 000 Spindeln Amerika bereits 12 660 000, mithin der sechste bis siebente Teil. Indien trat mit 1 750 000 Spindeln, etwa dem 46. Teil der damaligen Weltspinnelzahl, in die Reihe. Aug. 1923

verfügte Gesamteuropa über 100 469 447, Gesamtamerika über 40 943 415, Indien über 7 331 219, Japan über 4 877 416, China über 2 680 000 Spindeln. Inzwischen ist die Entwicklung in den alten europäischen Industrielandern fast zum Stillstand gekommen, während sie sich in den Vereinigten Staaten stark verlangsamte, in Asien sowie in Kanada, Südamerika und Australien dagegen in immer stürmischerem Tempo fortschritt und fort-schreitet. In Kanada gab es 1904 erst 860 000, 1920 bereits 1 167 837 Baumwollspindeln. Zwischen den Jahren 1914 und 1917 hob sich die Ausfuhr baumwollener Fabrikate aus Kanada von 356 081 auf 846 099 Yards. In Australien betrug im Jahre 1914 der Gesamtwert der erzeugten Textilwaren 1 153 000 Pfund Sterling, 1921 bereits 4 242 000 Pfund Sterling.

Außerordentlich begünstigt wird die Tendenz zur Dezentralisation im Industrialismus durch einen völligen Wandel der Verhältnisse in der Maschinerieindustrie. Solange in dieser in allen Zweigen noch eine Erfindung die andere ablöste und alte Modelle rasch ausfiel, war den wirtschaftlich rückständigen Ländern die Beschaffung einer ausreichenden Maschinerie für die Entfaltung ihrer industriellen Produktivkräfte ungemein erschwert. Nur die alten kapitalstarken Industriestaaten konnten jeweils über die modernste technische Ausrüstung verfügen. Heute ist die industrielle Maschinerie so weit vervollkommen, daß die Lebensdauer einer Maschine in immer seltener durch neue Erfindungen und Verbesserungen bedroht wird. Normalisierungs- und Typisierungsbestrebungen wirken in derselben Richtung. Zugleich sind die Herstellungsmethoden in einem Grade mechanisiert, daß sie viel weniger „gelernte“ Arbeitskräfte erfordern. Alles das kommt der Industrialisierung rückständiger Länder oder Gegenden vorzüglich zu-statten.

Schwere Anpassungskrisen begleiten den Vorgang der Entfal-tung des Industrialismus zur Weltindustrie. Die alten Industriestaaten leiden an „Ueberproduktion“ und Arbeitslosigkeit, die Lebensmittel und Rohstoffüberschüsse erzeugenden Länder nicht minder. So groß die Fortschritte sind, die auf dem Gebiete der Güter-erzeugung gemacht worden sind, so wenig ist man mit den Proble-men der Güterverteilung in der Praxis vorwärtsgekommen. Das gewaltige Ausmaß der neuen Absatzkrisen ist jedoch nur die Re-versseite des Ausmaßes, worin sich seit dem Weltkriege die Nationalisier-ung der Weltwirtschaft durch die moderne Technik unter dem vorwiegenden Einfluß kapitalistischer Organisationen vollzieht. Nur in dem Maße, wie es gelingt, Beziehungen zwischen Weltbedarf und Welt-erzeugung durch bessere wirtschaftliche Verständigungen zu schaffen, können die tiefsten Krisen ergriffen und überwunden werden, die mit dieser Entwicklung verknüpft sind.

Erwerbslosenfürsorge

Berechtigte Kritik an Regierungsmassnahmen.

Die Not der Erwerbslosen ist zweifellos groß, so groß, daß auch Regierung und Reichstag sich mit ihr befassen mußte. Nach-lichen Wehen ist es denn auch zu Massnahmen gekommen, die indes-sicherlich nicht geeignet sind, besondere Befriedigung auszulösen. Die Behandlung der ganzen Erwerbslosenfrage ist nicht frei von Merk-würdigkeiten, die „Der Deutsche“, unsere Tageszeitung, in seiner Nummer 294 vom 16. 12. 1925 ins rechte Licht rückt. Er sagt u. a. folgendes:

„Als vorbringlichstes Problem wurde die Erwerbslosenfürsorge anerkannt. In den Verhandlungen des Reichstagsausschusses und des Beirates der Reichsarbeitsverwaltung ließ man durch-blicken, daß man über eine Erhöhung der Sätze um 5 bis 10 Pro-zent mit sich reden lassen wolle. Im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages reiften die Dinge aber inzwischen zur Entsch-eidung. Dort kam der kommunistische Antrag auf 100prozentige, der sozialdemokratische auf 50prozentige und der demokratische auf 33prozentige Erhöhung zur Ablehnung. Der Zentrumsantrag, der eine 30prozentige Erhöhung nur für die Hauptunterstützung-empfangler vorkam, kam zur Annahme. Von Regierungsseite her hörte man sofort „undurchführbar“. — Es wurde mit den Partei-führern verhandelt, die Sache selbst dem Haushaltsausschuss vorgelegt, der dem Verlangen der Regierung nachgab und beschloß, die Sätze

der Hauptunterstützungsempfänger um 20 Prozent, der Familienzuschläge um 10 Prozent, der Höchstunterstützungsbeträge um 10 Prozent

zu erhöhen. Sie gelangten im Reichstagsplenarum auch zur An-nahme. Der Reichskanzler hatte erklärt, für einen weiteren Ver-schluß die Verantwortung nicht zu übernehmen und seinen Namen nur unter eine Verordnung zu setzen, die nicht über diese Sätze hinausgehe. —

Welche Gründe brachte die Regierung für ihre Haltung vor? Man sagte, bei Erhöhung der Hauptsätze um 30 Prozent (die einer Erhöhung im ganzen um 17 Prozent gleichkommt) würde alsbald der Höchstbeitragsatz von 3 Prozent erforderlich sein, so daß jede weitere Steigerung der Erwerbslosigkeit, die sicherlich in diesem Winter noch zu erwarten ist, die Reichsfinanzen in Anspruch neh-men würde. Ueber allgemeine Mittel des Reiches wolle das Kumpfkabinett aber nicht verfügen, um dem kommenden Kabinett Handlungsfreiheit zu lassen; im übrigen sei auch kein Geld da! —

Von 3 steht es mit der Behauptung, für den Fall, daß der Bei-trag von 3 Prozent nicht ausreicht, habe das Reich keine Mittel? Es sind doch im Etat 1925/26 nicht weniger als 110 Millionen

Wirtschaftsdemokratie und Arbeitsvertrag

W. Herzfel.

II.

Wie können also die verschiedenen Faktoren: Staat, Kapital, Arbeit, Arbeitsvertrag zu zweckmäßiger Normierung der vertrag-lich geregelten Arbeitsverhältnisse zusammengebracht werden?

Man kann die Normierung mehr oder weniger dem Kapital überlassen unter weitgehender Ausschaltung der übrigen Faktoren. Das ist eine theoretische Möglichkeit; aber bis zu einem gewissen Grade ist sie schon Praxis gewesen. Das ist allerdings nicht der Fall antiker oder moderner (Neger-) Sklaverei; denn die Skla-verei ist ein Arbeitsverhältnis, aber ihr liegt meistens kein Ver-trag, sondern ein anderes Rechtsverhältnis, z. B. Eigentum, zu-grunde. Gedacht ist an den Zustand der Vorkriegszeit. Damals geschah — wenn auch nicht immer, so doch vielfach — die inhalt-liche Gestaltung des Arbeitsvertrages durch das Diktat des Ka-pitals. Das entgegengesetzte Extrem wäre es, die Normierung mehr oder weniger der Arbeit anheimzustellen, wieder unter weit-gehender Ausschaltung der übrigen Faktoren. Auch das ist mehr als bloße Theorie. Denn diese Ordnung entspräche dem System des Syndikalismus, einem System, bei dem die Belegschaften un-umschränkte Herren der Betriebe sind. In Italien hat es vor dem Aufkommen des Faschismus im Jahre 1920 Zustände gegeben, die dem geschilderten System der Diktatur der Arbeit ziemlich stark entsprachen. Endlich könnte man sich — der Fall des dritten Ex-trems — die Diktatur des Staates über den Arbeitsvertrag vor-stellen. Die früher gekennzeichneten und die Prinzipien des freien Arbeitsvertrages einschränkenden Gesetze stellen in der Tat eine solche Diktatur dar. Aber diese Diktatur hat nur bescheidenen Aus-maße. Würde sie überwiegen, so hätte man es mit einer kommuni-stischen Erscheinung zu tun.

Alle diese Extreme können den praktischen Bedürfnissen des sozialen Lebens nicht gerecht werden. Die Gründe brauchen wir hier nicht zu erörtern. Unter den heutigen Verhältnissen ist die ideale Lösung die Anwendung des Systems der Wirtschafts-demokratie auf den Arbeitsvertrag. Was heißt das? Man läßt das Prinzip der Freiheit des Arbeitsvertrages bestehen, zieht aber seinen praktischen Auswirkungen Schranken, nicht nur in Form von Gesetzen, sondern auch in Form eines Berufs- und Betriebs-rechtes, das sich die Beteiligten (Kapital und Arbeit) unter Sank-tion und Kontrolle des Staates selbst geben. Zeichnet man diese Beziehungen in das in der vorigen Nummer aufgestellte Schema ein, so ergibt sich folgendes:



Das bedeutet: Kapital und Arbeit wirken nicht unmittelbar auf

das Arbeitsverhältnis bzw. auf den Arbeitsvertrag ein, sondern sie vereinigen sich zu gemeinsamer Einwirkung unter Sanktion und Kontrolle des Staates. Den Beteiligten (Kapital und Arbeit) verleiht der Staat Autonomie (Privatautonomie), kraft derer sie sich wesentliche Teile ihres Berufsrechts selbst in freier paritätischer Vereinbarung schaffen können, und hinter dieses so geschaffene Recht tritt der Staat mit seiner ganzen Autorität und Macht. Er schützt es und setzt es durch — gegebenenfalls durch Zwangs-massnahmen —, als wenn er es selbst geschaffen hätte.

Es sei übrigens betont, daß sich die arbeitsrechtliche Anwendung der Prinzipien der Wirtschaftsdemokratie nicht, wie man vielleicht auf Grund dieser Darstellung annehmen könnte, mit der Regelung des Arbeitsvertrages erschöpft. Sie bezieht sich zum Teil auch auf bloße Arbeitsverhältnisse, ja auch auf andere soziale Tatbestände, z. B. auf das Arbeitsnachweiswesen.

Wenn hier von wirtschaftlicher Selbstverwaltung die Rede ist, so ist das Wort „Verwaltung“ nicht im engeren und technischen Sinne aufzufassen. Man teilt ja die staatliche Tätig-keit in drei Zweige ein: in Gesetzgebung, Rechtsprechung und Ver-waltung. Hierbei versteht man unter Verwaltung etwas ganz Bestimmtes. Der Begriff der wirtschaftlichen Selbstverwal-tung ist weiter zu fassen. Er umschließt alle drei Gebiete. Zum Teil dreht es sich dabei um Gesetzgebung. Das ist zum Bei-spiel beim Tarifvertragswesen der Fall. Zum Teil handelt es sich auch um Rechtsprechung. Denn zum Beispiel auch die Wei-sigertätigkeit bei den Amtsgerichten ist in gewissem Sinne ein Stück wirtschaftlicher Selbstverwaltung. Ebenso hat die Be-triebsvertretung „zugleich auch richterliche Aufgaben. Das Haupt-beispiel ist die Mitwirkung bei der Festsetzung von Einzelstrafen. Früher war es heifz umstritten, ob der Betriebsvertretung dieses Recht zusteht. Heute besteht hierüber kein (ernsthafter) Streit, nachdem im Artikel 2, § 1, Ziffer 5 der Schlichtungsverordnung vom 30. Oktober 1923 durch Aufführung des § 80, Absatz 2 eine authentische Interpretation des Betriebsrätegesetzes dahin erfolgt ist, daß den Gruppenräten das erwähnte Richteramt in Verbin-dung mit dem Arbeitgeber zusteht.“ Endlich gibt es echte wirt-schaftliche Selbstverwaltung auf sozialem Gebiete, z. B. im Ar-beitsnachweiswesen. So ist nach § 7,1 des Arbeitsnachweisge-setzes vom 22. Juli 1922 (R.G.B. S. 657) für jeden öffent-lichen Arbeitsnachweis ein paritätisch besetzter Verwaltungsaus-schuss mit einem neutralen Vorsitzenden zu bilden. Ein anderes Beispiel enthält die Verordnung über die Errichtung von Arbeits-kammern im Bergbau vom 8. Februar 1919 (R.G.B. S. 202). Nach § 2 der Verordnung haben die Arbeitskammern u. a. die Aufgabe, bei Durchführung der zum Schutze von Leben und Ge-sundheit der Arbeiter sowie von Sittlichkeit und Anstand in den Betrieben erlassenen Vorschriften durch Beratung und Unter-stützung von Behörden mitzuwirken. Aber auch die Betriebsver-tretungen haben Verwaltungsaufgaben im engeren Sinne des Wortes. Zum Beispiel hat nach § 66, Ziffer 9, B.N.G. der Be-triebstat die Aufgabe, „an der Verwaltung von Pensionsklassen und Werkwohnungen sowie sonstiger Betriebswohlfahrtsanrich-tungen mitzuwirken.“

Markt vorgesehen, wovon 50 Millionen Mark als Einrichtungs- schatz für die kommende Arbeitslosenversicherung dienen sollen. — Ueber 90 Millionen Mark ist schon „disponiert“, sagt das Reichs- finanzministerium. Oh! Wo auch über den Einrichtungschatz, obwohl die Arbeitslosenversicherung noch gar nicht verabschiedet ist! Hat das Arbeitsministerium über diese Titel seines Etats schon anderweitig verfügt? Das geht doch nicht! Nein, alle diese Fonds werden im Finanzministerium in einem großen Topf ver- waltet. Da der Einrichtungschatz nicht abgerufen wurde, ist er anderweitig verbraucht! Wohin ist das Geld gekommen? — Ant- wort des Finanzministeriums: Das kann man im einzelnen nicht sagen! Dann wäre also der ganze Etat nur etwas, was auf dem Papier steht.

Wir haben bereits in unserer Sonnabendnummer in Verbin- dung mit der Behandlung der Steueranträge, der Unterstützung der ausge- merkten Erwerbslosen und Beamtenbeihilfe die Taktik der Finanzverwaltung als „merkwürdig“ bezeichnen müssen. Das für die Beamtenbeihilfe von einigen Abgeordneten mit einigen Her- ren des Finanzministeriums vorbereitete Kompromiß — wonach jeder Beamte ein Viertel bis ein Fünftel seiner Bezüge erhalten sollte — würde der Reichskasse selbst etwa 35 Millionen Mark kosten, der Reichspost 17 Millionen. Dazu kommen die Beamten der Reichsbahn, der Länder und Gemeinden sowie die Rentner der Kriegsgeschädigten; letztere erforderten 25 Millionen aus der Reichskasse. Aus dieser also alles in allem 60 Millionen. Woher kommt denn dieses Geld auf einmal, auch ohne Staatsänderung? Für eine einmalige Beihilfe für die seit mehr als Monate ausge- steuerten Erwerbslosen, die also nichts bekommen und nichts haben, hatten die Herren vom Finanzministerium kein Geld!

Mit Recht sagt „Der Deutsche“ zuletzt: „Wenn solche wider- sprechende Erklärungen abgegeben werden und dann Handlungen erfolgen, die diesen wiederum widersprechen, so kann man nicht er- warten, daß man den Erklärungen der Reichsfinanzverwaltung fürderhin Glauben entgegenbringt. — Deshalb sollte das Reichs- finanzministerium in seinem eigensten Interesse für eine klarere Haltung sorgen, denn eine solche Behandlung kann sich weder die öffentliche Meinung noch der Reichstag gefallen lassen.“

Rundschau

Wohin die Hauszinssteuer geht!

Wie verhalten sich in den einzelnen deutschen Ländern die Mieten zurzeit gegenüber den Mieten der Vorjahre? — Daraus ergibt sich folgende Aufstellung des „D. G.“ vom 15. Dez. hervorgeht:

Länder	Mietzinssteuer			Erhöhte Miete in % der Friedensmiete
	insgesamt %	für den Wohnbau %	für die allgemeine Verw. %	
Preußen	28	14	14	82
Bayern	48	11	32	95
Sachsen	27	10	17	85
Baden	20	8	12	84
Württemberg	24	12	12	90
Hessen	29	2,4	26,6	84
Anhalt	20	10	10	78-91
Elbe-Deumold	20	10	10	85
Sachsen	42	10	32	100
Walded	16	9,8	6,4	78
Schaumburg-Elpe	28	9	19	84

Die Mieten schwanken also in den einzelnen Ländern zwischen 76 und 100 Prozent der Friedensmiete und die Mittel, die dem Wohnungsbau zugeführt werden, zwischen 2,4 und 20 Prozent. In Hessen also werden z. B. von 100 M eingehender Hauszinssteuer nur 2,40 M für den Wohnungsbau, der so dringend notwendig ist, verwandt. Hamburg und Bremen allein führen die erheblichen Be- träge reiflos dem Wohnungsbau zu. Bayern marschiert mit Lübeck an der Spitze der Staaten, die diese Steuern ihrem naturgemäßen Zweck entziehen. Die Hauszinssteuer, die ursprünglich lediglich zur Verwendung für die Neubautätigkeit gedacht war, wird, wie aus

obiger Aufstellung leicht ersichtlich, zum allergrößten Teil nicht zu diesem Zweck, sondern für den allgemeinen Finanzbedarf der Län- der benutzt. So betätigen sich die Länder vielfach als Produktions- verteurer nicht nur auf dem Wohnungsmarkt, sondern darüber hin- aus auch in der Gesamtwirtschaft.

Auswüchse der Kartellpolitik

Wie schädlich sich Kartelle auswirken können, zeigt die nach- stehende Köhren-Preistabelle über Schmiedeeiserne schwarze Gas- röhren mit Gewinde und Muffen. („Deutsche“ 17. Dez.)

Dimensionen:	Höchstpreise bei Lagerentnahme:					
	1/2"	3/4"	1"	1 1/4"	1 1/2"	2"
Preise 1914 p. m.	—20	—25	—34	—48	—67	—84
Preise Mai 1925	—32	—38	—52	—73	102	148
Preise Juni 1925	—46	—56	—78	107	149	187

Hier sind also die Preise, nachdem im Juni der Köhrenverband neu gebildet wurde, durchschnittlich um 30 v. H. gestiegen. Nach den Bestimmungen der Köhrengrößhändler-Vereinigung dürfen die im Juni 1925 festgesetzten Preise bei hoher Konventionalstrafe nicht unterboten werden. Es ist nicht verwunderlich, wenn gegenüber solcher Preispolitik von der Regierung schärfste Maßnahmen ver- langt werden.

„Schutz den Arbeitswilligen“

Gelegentlich des Konfliktes im rheinisch-westfälischen Baue- werke, brachte die „Dürener Zeitung“ (Nr. 251) folgende Notiz: Schutz den Arbeitswilligen.

Da, wie verlautet, gelegentlich des Bauarbeiterstreiks Arbeitswillige mit Gewalt von den Baustätten vertrieben wur- den und sogar Mißhandlungen vorgekommen sind, so wird dar- auf hingewiesen, daß die Polizeiverwaltung ge- willt ist, Arbeitswillige unbedingt zu schützen und gegen alle, die sich an der gewaltsamen Entfernung der Arbeitswilligen be- teiligen, polizeilich und strafrechtlich mit aller Schärfe vorzugehen. Die Bauherren oder Bauunternehmer wollen daher von jedem Gewaltakte sofort die Polizei benachrichtigen. Be- sondere Polizeistreifen zum Schutz der Ar- beitswilligen sind eingerichtet.

Da, wie verlautet, — nichts genaueres weiß man nicht! — So ist's richtig, wenn die alte Methode, jeden Streikenden einen Lum- pen oder Verbrecher zu stampfen, wieder ausbleiben soll! Man fragt sich nur, wer der genannten Zeitung die Meldung übermittelt — Unternehmer, Polizei, oder die Gelben, die sich in Düren konstituierten, nachdem sie im kommunistischen Lager nichts mehr verdienen konnten. Daß es Pflicht der Polizei ist, gegen jeden Rechtsbruch einzuschreiten, braucht kaum hervorgehoben zu werden. Daß aber in der gegenwärtigen Weise die Polizei zum Schutz moralisch minderwertiger Subjekte besonders alarmiert wird und eine Zeitung sich nicht scheut, das — zugunsten dieser Elemente — in alle Welt hinauszuposaunen, ist bezeichnend für das soziale Empfinden in manchen Kreisen.

Sozialpolitik

Was tun die Städte für unsere Erwerbslosen zu Weihnachten?

Wir meinen mit dieser Frage: Was tun die Städte an Beihilfen für die Erwerbslosen zu den eigentlichen Unterstützungen. Weih- nachten steht vor der Tür! Sollen die Erwerbslosen zu diesem Tage leer ausgehen? Einige Städte haben aus diesem Grunde eine Extraintervention beschlossen, entweder in Geld oder in Naturalien. So hat der Magistrat von Frankfurt a. M. für Gewährung einer einmaligen Weihnachtsbeihilfe an die Erwerbs- losen und Kleintrentner sowie Pflegekinder des Wohlfahrtsamtes beschlossen, die Summe von 400000 Mark zur Verfügung zu stellen.

Andere Städte scheinen dafür weniger Verständnis zu haben. In Wülheim a. d. Ruhr hat man den Erwerbslosen zwar Preislos- feldern gegeben, aber zu einer Leistung an Kohlen konnte sich der Oberbürgermeister nicht verstehen, weil das „nicht zu erzwingen“ sei. Außerdem war er der Ansicht, daß man die Abgabe von 10 Pfennig pro Mittagessen aus „erzieherischen Gründen“ bestehen lassen sollte!

Unseren Kollegen in den einzelnen Städten, namentlich soweit sie Stadtverordnete sind, erwächst die Aufgabe, nachdrücklich Er-

leichterungen für die schwere Lage der Erwerbslosen zu fordern. Wie es uns fern liegt, radikale Forderungen zu erheben, sondern nur Forderungen, die im Bereich der Möglichkeit liegen, so müssen wir doch mit aller Entschiedenheit darauf hinweisen, daß, wenn Geld zu anderen Zwecken ausgegeben wird, zunächst die Erwerbs- losen ihr Auskommen haben müssen. Dabei verlangen wir vor- wie nach endlich eine Regelung in der Unterstützung der Kurz- arbeiter.

Die Senkung der Lohnsteuer

Das Plenum des Reichstages beschäftigte sich in seiner 137. Sitzung mit den Beschlüssen des Steuerausschusses über die Sen- kung der Lohnsteuer.

Die Reichsregierung hat bekanntlich einen Gesetzentwurf einge- bracht, der gemäß ihrer bei Verabschiedung der Steuererlasse ge- gebenen Zusage, eine Erhöhung des steuerfreien Einkommensteiles von 80 M auf 100 M monatlich vorsehe, dagegen eine weitere Ent- lastung der linderreichen Lohnsteuerpflichtigen nicht brachte.

Der Steuerausschuß des Reichstages stimmte der Erhöhung des steuerfreien Einkommensbetrages auf 1200 M jährlich (100 M mo- natlich) zu. Diese Summe setzt sich folgendermaßen zusammen: 720 Reichsmark jährlich (60 Reichsmark monatlich), 14,40 Reichsmark wöchentlich) als steuerfreier Lohnbetrag, 240 Reichsmark jährlich (20 Reichsmark monatlich, 4,80 Reichsmark wöchentlich) zur Abgel- tung der Werbungskosten, 240 Reichsmark jährlich (20 Reichsmark monatlich, 4,80 Reichsmark wöchentlich) zur Abgeltung der Son- derleistungen.

Überdem beschloß er über den Regierungsentwurf hinaus- gehend eine Entlastung der Kinderreichen. Es bleiben für die Ehe- frau und jedes minderjährige Kind je 10 v. H. des Arbeitslohnes, der über die oben genannten Beträge hinausgeht, vom Steuerabzug frei. Es bleiben also steuerfrei:

1. für die Ehefrau 120 Reichsmark jährlich (10 Reichsmark monatlich, 2,40 Reichsmark wöchentlich),
2. für das erste Kind 120 Reichsmark jährlich (10 Reichsmark monatlich, 2,40 Reichsmark wöchentlich),
3. für das zweite Kind 240 Reichsmark jährlich (20 Reichsmark monatlich, 4,80 Reichsmark wöchentlich),
4. für das dritte Kind 480 Reichsmark jährlich (40 Reichsmark monatlich, 9,60 Reichsmark wöchentlich),
5. für das vierte Kind 720 Reichsmark jährlich (60 Reichsmark monatlich, 14,40 Reichsmark wöchentlich),
6. für das fünfte und jedes folgende Kind je 960 Reichsmark jährlich (80 Reichsmark monatlich, 19,20 Reichsmark wöchentlich), wenn diese Beträge höher sind als die aus dem prozentualen Abzug ergebenden.

Die Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums kommt be- kanntlich in erster Linie dem eigentlichen Arbeiter mit niedrigem Einkommen zugute, während die Erhöhung der festen Beiträge vom fünften Kinde an auch eine kleine Verbesserung für Familien mit mehr als fünf Kindern bis zu Einkommen von 400 M im Monat bringt.

Die Einkommensteuer erfährt eine entsprechende Angleichung an die Senkung der Lohnsteuer.

Branchenbewegung

Berufsarbeiter im Bergbau!

Eine Stellungnahme unseres Christlichen Metall- arbeiterverbandes zur Organisationsfrage im Bergbau und zum Reichsnahrungsge- setz.

Am Sonntag, dem 6. Dezember, fand in Essen eine vom Chris- tlichen Metallarbeiterverband einberufene Bezirks-Delegierten- Konferenz für die im Ruhrbergbau beschäftigten Berufsarbeiter statt. Aus allen Orten und Verwaltungsstellen des Verbandes waren die Delegierten zahlreich erschienen.

Bezirksleiter Kollege Burgard eröffnete und leitete die Kon- ferenz und wies einleitend auf die Wichtigkeit der gewerkschaft- lichen Betätigung aller im und für den Bergbau tätigen Berufs- arbeiter hin.

Dann behandelte Kollege Gröne-Essen das Thema: „Die Berufsentwicklung im Bergbau und die Tätig- keit des Christlichen Metallarbeiterverbandes für die Berufsarbeiter über Tage.“ Redner zeichnete zuerst ein Bild von der Entwicklung der einzelnen Bergbauarten und der durch die Fortschritte auf dem Gebiete der Technik und des Fortschens entstandenen und im Entstehen begriffenen Anlagen und der darin beschäftigten Arbeiter. Die Zahl der in Neben- betrieben des Bergbaus und auf den Zechenplätzen für den Berg- bau tätigen Arbeiter der verschiedensten Industriezweige nehme immer weiter zu, zumal die Zechenbesitzer dazu übergingen, die

Von der Ehre des alten Handwerks

Was uns als Arbeiter so tief berührt, ist das gemütvoll- leben und Schaffen der alten Handwerkerzünfte und der Gesellenverbindungen früherer Zeit. Sicher, es gab auch Kampf und Kraftehl zwischen ihnen, aber hoch und geehrt stand doch das Symbol der Arbeit. Was an Formen damals war, ist vergangen, aber vom Geist, der damals wal- tete, können wir auch heute noch viel lernen. Manches wäre schon erreicht, wenn die Arbeiterschaft von heute nur den Arbeitsstolz besäße, den die Ahnen der Vorzeit in sich trugen. Wir wollen deshalb zum Ruh und Frommen unse- rer Kollegen aus der Feder unseres Mitarbeiters, Dr. W. K., einige Skizzen bringen aus dem Handwerker- und Gesellenleben früherer Tage, wie sie schafften, lebten, wohnten, was sie verdienten, Aufnahme und Abschied ga- ben usw.

Was eine Zunft war? Eine genossenschaftliche Verbindung von Handwerkern eines Berufes (Schmiedezunft, Jäger-Drahtzieher- zunft, Weberzunft, Metzgerzunft) mit bestimmten selbstgegebenen Gesetzen über Einkauf und Verkauf, über ehrlichen Handel und Wandel, mit starkem religiösen, sozialen und mildtätigen Ein- schlag. Was sie wollten? Ihr standesgemäßes Aus- kommen, nicht mehr nicht weniger; keine Uebervorteilung des Konjumenten, Ablieferung guter Ware. Es gab aber auch Über- leiter der ehrlichen Zunft; wurden sie aber erwählt, ging es ihnen für ihr unehrliches Handeln übel. Eingegliedert in die Zünfte waren die Gesellenverbände mit eigenen Regeln und eigener Gerichtsbarkeit. Trägliche, stolze und doch treue Bur- schen. Aber darüber später. In diesem Artikel wollen wir von der Ehre des alten Handwerks reden.

Im Allgemeinen kehrt der deutsche Handwerker des 15. und des beginnenden 16. Jahrhunderts in hoher Achtung, seine Ueberlegen- heit wird sogar von dem Auslande anerkannt. Deutlich spricht hierfür das Urteil des Ulmer Mönches Felix Fabri, der sich auf großen Reisen in der weiten Welt umgesehen hatte und im Jahre 1484 also schrieb: „Mit der göttlichen Kunst, Bücher zu drucken, sind auch die gewöhnlichen (Künfte) verbessert worden wie die Handarbeit in allem Erz, in allem Holze und in jedem Stoffe. Darin sind die Deutschen so fleißig, daß ihre Arbeiten durch die ganze Welt gerühmt werden. Wenn daher jemand ein vortref- fliches Werk in Erz, Stein und Holz will geliefert haben, schickt er zu den Deutschen. Ja, habe deutsche Goldschmiede, Ju- weiliere, Steinmetzen und Wagner unter den Sarazenen Wunder- dinge vollbringen sehen und bemerkt, wie sie — namentlich die Schneider, Schuster und Maurer — die Griechen und Italiener an

Kunst übertrafen. Noch im vergangenen Jahre hat der Sultan von Aegypten den Hafen von Alexandria mit einer wunderbaren Mauer umgeben, die für das gesamte Morgen- land ein erstauhnliches Kunstwerk war, und bediente sich dabei des Rates, des Kunstfleißes und der Arbeit eines Deutschen, der aus Oppenheim gebürtig sein soll. Und, um mich nicht länger aufzuhalten, sage ich, daß Italien, wiewohl unter allen Ländern des Erdkreises hochberühmt und mit Getreide im Ueber- flusse gesegnet, kein anderes schmackhaftes, gesundes und ehbares Brot hat, als das von deutschen Bäckern gebadene die durch ihre Geschicklichkeit und fleißige Arbeit das Feuer dämpfen, die Hitze mäßigen, das Mehl durchsieben, so daß ein verdauliches, locke- res und schmackhaftes Brot zustande kommt, während, wenn der Italiener backt, das Brot schwer, dicht, ungesund und ungesundhaft ausfällt. Der Papst und die hohen geistlichen Wür- denträger, die Könige, Fürsten und großen Herren essen daher selten Brot, wenn es nicht auf deutsche Art bereitet ist. Aber nicht nur das gewöhnliche Hausbrot haben sie gut, sondern auch den Zwieback, der im Kriege und zur See als Nahrung dient, wissen sie so künstlich zu bereiten, daß die Benediger bei den öffentlichen Badösen lauter deutsche Bäcker haben als das Gebäd weit und breit durch Ägypten, Arabien, den Hellespont, durch Griechenland, Syrien, Aegypten, Libyen, Maure- tanien, Spanien und Frankreich und bis nach den Orinoginien und an die englischen und deutschen Seehäfen für ihre Seeleute zur Speise und für andere zum Verkaufe senden.“

Deutschen Bürgern und Handwerkern verdonkt die Welt eine Menge der wichtigsten Erfindungen. Ein Augsburger hat im 14. Jahrhundert die ersten Heißbude gegossen. In Augsburg wurden 1430 die ersten Handfeuerzöpfe (Musketen) in Nürnberg von Guter die ersten Windmühlen gefertigt. Welche ungeheuren Folgen die Erfindung des Mainzer Bürgers Johann Gutten- berg für die Kultur der gesamten Welt gehabt hat, braucht hier nicht erörtert werden. In Nürnberg erfindet gegen 1500 Peter v. Siles die Taschenuhren, die man „Nürnbergiger Eier“ nannte, und etwa ein Menschenalter später fertigte in einem braunschweigischen Dorfe ein deutscher Bildhauer mit Namen Johann Jürgens das erste Spinnrad. An der Erfin- dung verschiedener graphischer Künfte haben deutsche Hand- werker und Künstler hervorragenden Anteil.

Wer die Tüchtigkeit und Wohlhabigkeit der sinn- und kunstrei- chen Handwerksmeister unseres deutschen Mittelalters und ihren Zusammenhang zu mächtiger Lebensgemeinschaft in Ermägung zieht, den kann nicht wundernehmen, daß sie'sches Selbstgefühl sie bejeckte. Stattlich, mit freiem Nacken schritt jenes Geschlecht ein- her. Als sich im Jahre 1471 mehrere Schusterzünfte von Leipziger Sträbterer beleidigt glaubten und diese jede Gerugung verwei-

geren, sandten jene der Universität Leipzig einen förmlichen Fehdebrief. Die erbolten Schuster müssen ihre Feindseligkeiten denn auch alsbald eröffnen haben; denn die Herzöge Ernst und Albrecht von Sachsen fanden es nötig, an alle Präläten, Grafen, Freiherrn, Ritter, Amtleute, Städte, Märkte, Dorfschaften ihres Landes, kurz an alle ihre Untertanen, die Aufforderung ergehen zu lassen, die genannten Schusterzünfte zu ergreifen und ins Gefängnis zu wer- fen. Ueber den Ausgang dieser merkwürdigen „Schusterfehde“ ist leider nichts bekannt; aber das Auftreten der hand- fesseln Gesellen ist bezeichnend für das trotzig Selbstgefühl und das hart ausgeprägte Standesbewußtsein der deutschen Handwerker des Mittelalters.

Dem widerspricht keineswegs der Umstand, daß wir von den Schöpfern gar mancher herrlicher Kunstwerke der Gotik, namentlich von den Baumeistern vieler Kirchen, Rathhäuser u. dgl. nicht einmal die Namen kennen. An Stolz hat es diesen Meistern sicherlich ebensoviele wie an Kunstfertigkeit; allein das Selbstgefühl des einzelnen ging auf in der Ehre der Genossenschaft, in dem Selbstbewußtsein des Standes. Es entspricht völlig dem Zuge der Zeit, daß dann in den Tagen der Renaissance auch in Deutschland Namen und Persönlichkeit des einzelnen Künstlers an Bedeutung gewinnen.

Wer in der Nürnberger Lorenzkirche Adam Kraft's herrliches Sakramentshaus, jenes kaumswerte Denkmal deutscher Steinmetzkunst betrachtet, bemerkt drei hockende menschliche Fi- guren, die den Wunderbau tragen: Es ist Meister Adam mit seinen beiden Gesellen. Wer im Chor des Ulmer Münsters an des Kunst- vollen Chorgestühls reicher Schönheit sich erfreut, findet am Ende der einen Stuhlleihe das Bild des Meisters Jörg Sprün, von ihm selbst in Holz geschnitten. Mit der einen Hand auf sich weisend, gibt er sich selbst als den Schöpfer des Wertes zu erkennen. „Seht her! Ich hab's gemacht!“ scheint er den Beschauern zuzurufen. An dem schönsten und berühmtesten Denkmal des alten deutschen Bronzeplastik, dem Sebaldusgrab in Nürnberg, tritt dem ehr- furchtigen Besucher an bester Stelle, klein aber merkwürdig, die Gestalt Peter Bischofs im Schurzfell entgegen. „Sinnete er reden, er würde sagen: „Meine Arbeit ist meine Ehre.“

Fürwahr, ein edler und reicher Handwerkerhals den uns die Selbstbildnisse dieser Männer verkünden! Ihre Arbeiten sind redende Zeugnisse dafür, daß es in ihren Tagen des freien Spiels der wirtschaftlichen Kräfte nicht bedurft hat, um Schaffenskraft und Arbeitsfreude zu wecken, um Kunstfertigkeit und Bürgerinn- grobheit. Die damalige Bürgerschaft war stolz auf ihre Hand- werksmeister. „Anno 1528“, heißt es in einer Nürnberger Chronik, „ist zu Nürnberg der weltberühmte vortreffliche Maler und Kupferstecher Albrecht Dürer, ein gewaltiger Künstler, gestorben, welcher ein Bürger hier gewesen ist.“

notwendigen Bauten, Maschinen und Anlagen etc. in eigener Regie herzustellen, und nicht mehr durch fremde Unternehmer für die Zugehörigkeit der im Bergbau und auf den Zechenplätzen beschäftigten Arbeiter zu einer gewerkschaftlichen Organisation, könne nicht die zufällige Arbeitsstelle, sondern müsse die Art der Arbeit, der Beruf, maßgebend sein. Nur durch den zuständigen Berufsverband könnten die Interessen der Berufsarbeiter vertreten werden. Folgende Entschliessung wurde einstimmig angenommen:

Entschliessung zur Lohn-, Arbeitszeit- und Organisationsfrage im Bergbau

Die heutige Konferenz des Christlichen Metallarbeiterverbandes befaßte sich nach einem Referat des Kollegen Gröne-Essen und ausgiebiger Aussprache mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen sowie der Organisationsfrage der im Bergbau beschäftigten Berufsarbeiter.

Konferenz kritisierte scharf das ablehnende Verhalten der Bergbau-Unternehmer in der Lohnfrage und verlangte, daß in Zukunft den Berufsarbeitern Löhne gezahlt werden, die zum mindesten nicht niedriger sind als die Löhne der Berufsarbeiter im Privatgewerbe. Die bessere Bewertung der qualifizierten Handwerker wird dringend gefordert. Eine Schematisierung in der Lohnfrage hält die Konferenz im Interesse einer gesunden Berufsentwicklung nicht für angebracht und wird deshalb abgelehnt.

In der Arbeitszeitfrage fordert die Konferenz die umgehende Wiedereinführung des Achtstunden-Tages für alle in ununterbrochenen Betrieben beschäftigten Arbeiter. Für die übrigen Arbeiter fordert die Konferenz ebenfalls die baldige Wiedereinführung der achtstündigen Arbeitszeit, weil auch diese gezwungen sind, sehr oft in schmutzigen und gesundheitsgefährlichen Betrieben zu arbeiten. Konferenz betont, daß alle für die Kofereiarbeiter, Zechenmetallarbeiter, Heizer und Maschinenisten aufgestellten Forderungen nur durch die von den christlichen Gewerkschaften geförderten Berufsverbände durchgeföhrt werden können. Eine gewerkschaftliche Zusammenfassung sämtlicher Arbeiter, unter und über Tage, gleichviel in welchem Berufszweig dieselben beschäftigt sind, lehnt die Konferenz mit Entschiedenheit ab. Wie wäre eine gerechte und zielbewußte Interessensvertretung der Arbeiter möglich, wenn Arbeiter aller Berufe und Industrien, wie Bergbau, Kofereien, Ziegel- und Glasfabriken, Chemische Industrie, des Baugewerbes, der Maschinen- und Elektro-Industrie, der Eisenkonstruktionsbetriebe, der Eisengießereien u. a., in sogenannten industriellen Berufsverbänden zusammengeschlossen wären? Solche Universal-Verbände bedeuten für die Interessensvertretung wichtiger Minderheitsindustriegruppen eine Gefahr, weil bei Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse die Hauptgruppen den Ausschlag geben und die Nebengruppen vernachlässigt werden. Eine gewerkschaftliche Organisation, die Angehörige aller Industriegruppen in sich vereinigten will, hört damit auf, als wirkliche Interessensvertretung aller Arbeiter angesehen zu werden.

Konferenz erkennt an, daß der Christliche Metallarbeiterverband hervorragende Arbeit im Interesse der Berufsarbeit geleistet hat. Konferenz fordert alle auf den Zechen beschäftigten Berufsarbeiter auf, sich ihrer auf dem Boden der Berufsverbände stehenden gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen, da nur dadurch die Interessen aller in Frage kommenden Arbeiter wirksam vertreten werden können.

Entschliessung zum Reichsnappschaffsgesetz

Zum Reichsnappschaffsgesetz wurde nach einem Referat des Kollegen Kurth-Bochum folgende Entschliessung angenommen: "Die am Sonntag, dem 6. Dezember, in Essen tagende Konferenz des Christlichen Metallarbeiterverbandes erhebt erneut Protest gegen die ungerechte Behandlung der Mitglieder durch das Reichsnappschaffsgesetz. Der § 26 scheidet Mitglieder mit gleichen Beitragsfähigkeiten in Vollberechtigte und Minderberechtigte. Das ist gegen jede Versicherungspraxis und ungerecht. Bedauerlicherweise will der Abänderungsentwurf, obwohl das Reichsarbeitsministerium mit Schreiben vom 18. 5. 1925 zugefagt hätte, die vom Christlichen Metallarbeiterverband gemachten Abänderungsvorschläge zu verwerfen, die bisherige ungerechte Behandlung beibehalten. Wir erwarten, daß bei der bevorstehenden Aenderung des Gesetzes der § 26 dahingehend geändert wird, daß die Gewährung der sogenannten Alterspension, wenn die sonstigen Voraussetzungen gegeben sind, nicht mehr wie bisher von der Verzichtung wesentlicher bergmännischer Arbeiten abhängig gemacht wird. Grundlag muß auch in der Knappschaff sein: Gleiche Pflichten, gleiche Rechte. Die Wiedereinführung der ungerechterweise entzogenen Familienhilfe ist als die Wiedergutmachung eines großen Unrechts zu begrüßen. Mit aller Entschiedenheit lehnt die Konferenz es ab, die Familienhilfe gegen neu einzuföhrende Verschlechterung einzutauschen."

Nach einem kräftigen Schlußwort unseres Bezirksleiters Kollegen Burgart wurde die gut verlaufene Bezirkskonferenz nach vierstündiger Dauer geschlossen.

Es liegt jetzt an den Kollegen der Zechenbetriebe, unter den Berufsarbeitern für Stärkung unseres Verbandes einzutreten. Manches ist bereits durch die Tätigkeit unseres Verbandes erreicht worden. Viel muß aber noch getan werden, um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Kollegen so zu gestalten, um damit volle Zufriedenheit auszulösen. Nachhaltung der Begeisterung für unseren Christlichen Metallarbeiterverband ist die Hauptaufgabe in der gegenwärtigen Zeit.

Verbandsgebiet

- 1. Bezirk Frankfurt. Eine glänzend verlaufene Bezirkskonferenz nahm nach eingehender Vorlegung der Verhältnisse durch Bezirksleiter Kollegen Wesp und ausgiebiger Diskussion einstimmig folgende Beitragsregelung an: I. Beitragsklasse 1,20 M., II. Beitragsklasse 1,00 M., III. Beitragsklasse 0,70-0,80 M., IV. Beitragsklasse 0,10-0,30 M. Auf die Konferenz kommen wir in nächster Kammer zurück.

Salzer. Am Donnerstag, den 10. Dezember entschlief nach zehnmonatlicher schwerer Krankheit, unser Verwalter- und Vorstandsmitglied Johann Berlin, Salzer. In ihm verliert die Ortsgruppe Salzer ihren Gründer, der als einziger im Orte versucht hat, den Christlichen Metallarbeiterverband einzuföhren. Kein Weg war ihm zu weit, kein Wetter zu schlecht, um die Kollegen aufzusuchen und Beiträge einzulassen. Der Erfolg blieb ihm, trotz schmerzlicher Rückschläge, nicht verjagt. Mit seinem Angehörigen Reht die Kollegenschaft trauernd an seiner Bahre, aber auch in dem festen Glauben, seinem vorbildlichen Wirken und Arbeiten für unsere Idee nachzueifern. Das soll das Gedächtnis sein, das wir dem teuren Entschlafenen nachrufen. Möge der modernere unermüdbare Kämpfer nun ausruhen von seinen Mühen und Arbeiten. R. i. p.

Geldeingänge

Geldeingänge für die Hauptkassa im Monat November. Tagen 21. 11. 4618,16 M.; Kalen 7. 11. 334,10 M.; Tilen 5. 11. 400,00 M.; 19. 11. 1300,00 M.; 26. 11. 534,52 M.; Aistötting 23. 11. 243,70 M.; Amberg 20. 11. 1000,00 M.; Que 23. 11. 125,86 M.; Augsburg 4. 11. 1100,00 M.; 19. 11. 1830,84 M.; 28. 11. 556,22 M.; Barmen 24. 11. 500,00 M.; Beleda 23. 11. 155,39 M.; Berlin 21. 11. 1174,07 M.; Berrnburg 19. 11. 55,00 M.; Berrnburg 28. 11. 750 M.; Bielefeld 2. 11. 132,10 M.; Biberach 27. 11. 53,50 M.; Bocholt 24. 11. 600,00 M.; 25. 11. 183,76 M.; Bochum 13. 11. 75,00 M.; 30. 11. 47,54 M.; 19. 11. 935,06 M.; Boim 11. 11. 400,00 M.; 20. 11. 150,00 M.; Brandenburg 11. 11. 153,30 M.; 21. 11. 157,60 M.; Bremen 2. 11. 100,00 M.; 3. 11. 100,00 M.; 25. 11. 100,00 M.; Breslau 12. 11. 500,00 M.; 30. 11. 217,34 M.; Brieg 11. 11. 75,00 M.; Cassel 13. 11. 49,00 M.; Crefeld 17. 11. 228,56 M.; Clausthal 12. 11. 23,55 M.; Dillenburg 14. 11. 1000,00 M.; 28. 11. 1000,00 M.; Dingelstädt 23. 11. 80,00 M.; Dortmund 24. 11. 200,00 M.; 17. 11. 437,61 M.; Duisburg 3. 11. 4000,00 M.; 17. 11. 3325,25 M.; Düren 23. 11. 1500,00 M.; Düsseldorf 5. 11. 2000,00 M.; 14. 11. 1500,00 M.; 28. 11. 1500,00 M.; Essen 4. 11. 1000,00 M.; 17. 11. 1214,85 M.; Eulau 19. 11. 32,63 M.; Flensburg 25. 11. 127,72 M.; Frankfurt 28. 11. 800,00 M.; Fulda 11. 11. 1000,00 M.; 28. 11. 700,00 M.; Fürstenwalde 14. 11. 101,81 M.; Furtwangen 5. 11. 195,79 M.; Friedriehshafen 12. 11. 16,50 M.; Gellenskirchen 17. 11. 1146,31 M.; St. Georgen 23. 11. 83,52 M.; M. Gladbach 12. 11. 1630,00 M.; 13. 11. 390,86 M.; Glay 7. 11. 22,18 M.; Göttingen 27. 11. 298,60 M.; Görlich 12. 11. 6,32 M.; Gottha 5. 11. 82,00 M.; Göttingen 20. 11. 41,85 M.; Gredendbrüel 28. 11. 108,48 M.; Groß-Ilbe 3. 11. 54,74 M.; Gütenbach 21. 11. 333,80 M.; Hagen 2. 11. 268,71 M.; 19. 11. 570,00 M.; 23. 11. 475,62 M.; Hamborn 17. 11. 815,00 M.; Hamm 19. 11. 400,00 M.; Hamburg 30. 11. 147,82 M.; Heilbronn 16. 11. 32,06 M.; Hilben 21. 11. 1100,00 M.; Silberstein 16. 11. 400,00 M.; 26. 11. 300,00 M.; 30. 11. 150,00 M.; Heiligenstadt 16. 11. 155,00 M.; Hindenburg 30. 11. 155,00 M.; Höchst 16. 11. 700,00 M.; Hörde 19. 11. 121,45 M.; Hörter 2. 11. 13,20 M.; Jauer 9. 11. 62,65 M.; Jngolstadt 1.311. 75,13 M.; Kaiserslautern 14. 11. 800,00 M.; Karlsruhe 21. 11. 176,00 M.; Kempten 2. 11. 200,00 M.; 19. 11. 300,00 M.; 20. 11. 200,00 M.; Kiel 24. 11. 550,00 M.; Köln 17. 11. 4611,00 M.; Königsberg 23. 11. 23,25 M.; Konstanz 12. 11. 20,53 M.; Krdnitz 10. 11. 129,40 M.; Lauchertal 20. 11. 50,00 M.; 30. 11. 50,00 M.; Leipzig 14. 11. 500,00 M.; 27. 11. 113,30 M.; Pippstadt 12. 11. 3,25 M.; 13. 11. 400,00 M.; 24. 11. 700,00 M.; Lörrach 16. 11. 35,70 M.; Lübeck 21. 11. 73,30 M.; Lüben/Seiditz 10. 11. 300,00 M.; 21. 11. 273,95 M.; Ludwigshafen 19. 11. 298,04 M.; Mannheim 17. 11. 284,65 M.; Markredwitz 14. 11. 101,90 M.; Meissen 12. 11. 34,75 M.; Mettmann 26. 11. 500,00 M.;

Naumburg 10. 11. 84,45 M.; Mühlhausen 25. 11. 67,13 M.; Mühlhausen 17. 11. 2895,22 M.; München 9. 11. 271,72 M.; 19. 11. 600,00 M.; Wülfert 20. 11. 1865,84 M.; Reheim 23. 11. 1625,00 M.; 26. 11. 1000,00 M.; Reize 30. 11. 73,85 M.; Reurode 19. 11. 12,15 M.; Reusa 20. 11. 521,18 M.; Reuweis 9. 11. 250,00 M.; 13. 11. 50,00 M.; Rürberg 2. 11. 565,69 M.; 12. 11. 250,00 M.; 14. 11. 950,00 M.; 16. 11. 350,00 M.; 21. 11. 300,00 M.; Dberreichtädt 21. 11. 127,06 M.; Offenbach 17. 11. 250,00 M.; Ofen 27. 11. 245,82 M.; Olpe 25. 11. 879,66 M.; Osnabrück 26. 11. 1423,59 M.; Olsberg 9. 11. 600,00 M.; 16. 11. 500,00 M.; 30. 11. 296,10 M.; Papenburg 20. 11. 11. 950,00 M.; Pelt 30. 11. 211,59 M.; Pforzheim 25. 11. 959,97 M.; 26. 11. 200,00 M.; Prinfenau 19. 11. 72,17 M.; Raboltszell 20. 11. 100,98 M.; Regensburg 17. 11. 378,77 M.; Remscheid 16. 11. 592,00 M.; 19. 11. 177,31 M.; Rößel 11. 11. 11,70 M.; Rottenburg 7. 11. 200,00 M.; 24. 11. 238,11 M.; Saalfeld 27. 11. 42,72 M.; Rostock 13. 11. 51,77 M.; Saarau 11. 11. 97,46 M.; Sommeroda 13. 11. 80,00 M.; Schönach 19. 11. 110,00 M.; Schönwald 19. 11. 53,50 M.; Schramberg 16. 11. 110,00 M.; Schweidniz 16. 11. 60,60 M.; Schweinfurt 19. 11. 2144,67 M.; Schwenried 2. 11. 31,00 M.; 25. 11. 68,00 M.; Schwenningen 20. 11. 93,82 M.; Siegen 17. 11. 1100,00 M.; 25. 11. 671,07 M.; 25. 11. 953,00 M.; Singen 26. 11. 152,00 M.; Solingen 12. 11. 2046,87 M.; Stolberg 21. 11. 1652,61 M.; 25. 11. 28,50 M.; Stuttgart 27. 11. 1007,60 M.; Tribes 16. 11. 191,80 M.; Tullfingen 28. 11. 200,00 M.; Uim 11. 11. 776,87 M.; Welbert 23. 11. 1283,64 M.; Wilingen 21. 11. 373,00 M.; Wöhrenbach 10. 11. 170,00 M.; Waldstrich 19. 11. 44,60 M.; Warthe 26. 11. 290,38 M.; Weingarten 17. 11. 200,35 M.; Weihenburg 9. 11. 56,95 M.; Werdohl 28. 11. 284,45 M.; 25. 11. 310,00 M.; Wilhelmshaven 26. 11. 190,00 M.; Wormditt 23. 11. 6,75 M.; Würzburg 16. 11. 71,85 M.

Die Verwaltungsstellenaffäre wollen die genannten Geldbezüge mit den von ihnen eingesandten Währungsgeldern vergleichen und etwaige Unstände umgehend der Hauptkassa mitteilen.

Bekanntmachung

Sonntag, den 27. Dezember, ist der 1. Wochenbeitrag des neuen Jahres fällig.

Die Normung in der Industrie

Die Frage der Normung in der deutschen Industrie ist für die weitere Steigerung und Verbilligung der Produktion mit von ausschlaggebender Bedeutung. Unser Mitarbeiter Prof. Alfred Freund hat in seiner Eigenschaft als Dozent an der Maschinenbauhochschule Leipzig der diesjährigen Hauptversammlung des Normenausschusses der deutschen Industrie beigewohnt und berichtet darüber in nachfolgendem Artikel. Die denkende Arbeiterchaft geht durchaus konform mit den Bestrebungen des obengenannten Ausschusses. Es ist aber zu betonen, daß man bei diesen Bestrebungen den wichtigen betriebsfaktor Arbeitskraft durch eine gewerkschaftliche Vertretung nicht berücksichtigt, obwohl gerade auch dabei ein wirkliches Stück Gemeinschaftsarbeit geleistet werden könnte.

Am 5. Dezember hielt der Normenausschuss der Deutschen Industrie im Berliner Ingenieurhaus seine diesjährige Jahresversammlung ab. Einleitend gab Generaldirektor Dr. Ing. e. h. Neuhaus einen Überblick über die bisher geleistete Arbeit auf diesem wichtigen Gebiete. Wir geben im folgenden das wieder, was besonders die im Produktionsprozeß stehende Arbeiterschaft interessiert. Ohne Normalisierung kann es keine rationelle Wirtschaft geben und ohne eine rationelle Wirtschaft ist ein Aufstieg zur Konkurrenzfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt und damit eine Förderung der Interessen der Arbeiterschaft schwer möglich.

Was ist das Wesen der Normung?

Es werden die vielbenötigten Teile, die aber in Ermangelung einer Zusammenarbeit der einzelnen Werke mit kleinen Abänderungen für dieselben Zwecke überall besonders und in kleiner Zahl hergestellt werden, genormt, d. h. es werden für ihre Herstellung sowohl in bezug auf die Abmessungen, als auch in bezug auf die Art der Herstellung selbst, Regeln geschaffen, nach denen sich die einzelnen Firmen freiwillig richten. Dadurch wird es möglich, eine ganze Reihe von Maschinenteilen auf Lager zu arbeiten und von dort zu entnehmen, sobald irgendetwas Maschine oder ein Apparat montiert werden soll. Darüber hinaus wird es möglich, gewisse genormte Teile überhaupt in Spezialfabriken herzustellen, wodurch irgendein Teil, der in der einzelnen Werkstatt täglich nur einige Male gebraucht wird, zu einem Massenartikel wird. Alle Firmen kaufen diesen genormten Teil in der Spezialfabrik, und zwar - so wenigstens soll die Preispolitik der Zukunft gestaltet werden - zu einem wesentlich niedrigeren Preise, als wenn die einzelnen Firmen diese Teile in wenigen Exemplaren selbst herstellen. Normung ist in diesem Sinne der Weg zur Massenfabrikation. Leider, so betonte Dr. Neuhaus, hat man diesen Sinn nicht überall verstanden und berechnet die genormten Teile teurer als die ungenormten. Das ist selbstverständlich sinnlos und liegt nicht im Interesse einer Entwicklung, die wir alle fördern müssen, um uns leichtere Lebensbedingungen zu schaffen.

Gänzlich unwirtschaftlich ist es natürlich, die gleichen Normen an verschiedensten Orten herzustellen. Hier liegen also noch Organisationsaufgaben beträchtlichen Ausmaßes vor.

Vielfach entsteht bei der Einrichtung und dem Ausbau eines Normenbüros die Frage, ob die Kosten zurzeit des bestehenden wirtschaftlichen Niederganges aufgebracht werden sollen. Diese Frage muß unbedingt bejaht werden, weil die Arbeit des Normenbüros, wenn sie richtig geleistet wird, unbedingt eine Verbilligung zur Folge hat und deshalb geeignet ist, der wirtschaftlichen Not, die in den einzelnen Betrieben herrscht, zu steuern.

Ausdem sprach Dr. Ing. Scholz, Berlin, über "Die Normung im Kraftfahrzeugbau."

Uns interessiert hier an diesen Ausführungen, daß man in Deutschland genau wie in Amerika etwa mit Beginn des Krieges auf den Gedanken gekommen ist, die Normung systematisch durchzuführen. Insbesondere wurde in Amerika für die Heereslieferung genormt. Jedoch auch in Deutschland sah man sehr schnell ein, wie wichtig es sei, durch Normung zur Wirtschaftlichkeit zu gelangen, so daß die Entwicklung drüben und bei uns zunächst etwa im gleichen Tempo vor sich ging. Während bei uns aber nur die führenden Ingenieure zu der Einsicht der überaus großen Wichtigkeit der Normung kamen, wurde das drüben ganz allgemein erkannt, und so hat man in Amerika gänztigere Erfolge zu verzeichnen als in Deutschland. Sehr interessant ist nun die Erkenntnis, daß es notwendig ist, daß außer den endgültigen Normen noch so-

genannte Vornormen oder Vorzugsdimensionen eingeföhrt werden. Das bedeutet, daß man Teile, die man noch nicht endgültig normen kann, die also noch einer gewissen Entwicklung unterworfen sind, in den sogenannten Vorzugsdimensionen ausführt, das sind solche Vornormen, die einstweilen dem Konstrukteur die Richtlinien für den konstruktiven Aufbau der zu schaffenden Maschinen gibt. Der Ingenieur hat dann die Aufgabe, nach Möglichkeit diese Vorzugsdimensionen anzuwenden. Erst wenn sich dann nach einiger Zeit herausstellt, daß an diesen Vorzugsdimensionen nichts mehr zu ändern ist, werden diese endgültig genormt. Derartige Maßnahmen sollte man übrigens nicht nur im Kraftfahrzeugbau, sondern überall im Maschinenbau, wo noch Zweifel über die endgültige Norm der betreffenden Teile bestehen, anwenden. Es handelt sich dabei also um einen Uebergangszustand, der, nachdem genügend Erfahrungen vorliegen, in den endgültigen Zustand überführt wird.

Welche großen Vorteile man von der Normung hat, ergibt sich aus einigen Beispielen aus dem Kraftfahrzeugbau. Im Jahre 1924 gab es 35 verschiedene Bereifungen, jetzt nur noch 17 und im Jahre 1927 hofft man auf 8 verschiedenen Bereifungen heruntergehen zu können. An Speichenrädern gab es vor der Normung 58, jetzt 21 verschiedene Ausführungen. Es gab vor der Normung nicht weniger als 81 verschiedene Edelstahlorten, die jetzt auf 11 Sorten zurückgeföhrt sind. Die Edelstahlindustrie schlägt vor, noch weiter heruntergehen und nur vier Sorten zu schaffen. Man muß bedenken, von welcher Wichtigkeit bezüglich des Einkaufs und der Verarbeitung die Herabminderung der Edelstahlorten ist. Auch auf dem Gebiet der Kolbennormung ist man erheblich fortgeschritten. Zunächst hatte man 9 Ausführungsformen, jetzt nur noch drei und man hofft auf eine einzige Normalkonstruktion für Kolben zurückkommen. Es fertigten vor der Normung neun Firmen 400 Stück verschiedene Kolben sowohl nach Größe und Form an, wodurch der Selbstkostenpreis auf etwa M. 14 pro Stück stand. Dadurch daß die Kolbennormung solche Fortschritte gemacht hat, ist man schon jetzt auf den mittleren Selbstkostenpreis von M. 10 pro Kolben zurückgekommen und wird in absehbarer Zeit auf 7 Mark zurückgehen können, d. h., wenn die Normung im Sinne des jetzigen Vorhabens weiter durchgeführt wird. Es hat sich in Amerika gezeigt und auch bei uns, wo wirklich die Normung einwandfrei durchgeführt wurde, daß man nicht nur eine Verbilligung herbeiföhren kann und damit eine Konkurrenzfähigkeit nicht nur im Inland und auf dem Weltmarkt, sondern daß man auch in anderen, erhöhte Löhne zu zahlen. So sind weiterhin Kolbenringe, Dichtungen, Keile, Federgehänge und ganze Aggregate, auch Bremsen, komplette Vorderachsen mit Vierradbremfen und dergleichen mehr genormt worden.

Sehr interessant waren dann die Ausführungen des Oberingenieur Gramenz, Berlin, über

"Die Einführung der Normung in Deutschland"

Der Redner besuchte in fünfzehn Jahren 180 Firmen und stellte fest, daß 55 Proz. dieser Firmen gar nicht oder nur mangelhaft genormt haben und nur 45 Prozent bestrebt gewesen sind auf diesem Gebiete vorwärts zu kommen, davon jedoch nur wenig die wirklich Gutes geleistet haben. Das sind üble Erscheinungen, die darauf schließen lassen, daß man in der Industrie noch lang nicht den Wert der Normung allgemein erkannt hat, und also gewissermaßen von der Hand in den Mund lebt, ohne auf weisere Sicht eine Wirtschaftspolitik zu treiben, die schließlich für alle in der Produktion stehenden Menschen materielle Vorteile bringt. Worin bestehen nun die Hemmungen? In der Hauptsache ist es eine Personenfrage. Es wird in Zukunft notwendig sein, Normingenieure besser vorzubilden oder für die Leitung der Normenbüros geeignet; Ingenieure so fortzubilden, daß sie ihre Aufgabe auch wirklich zweckentsprechend erfüllen können. Wie die Sache jetzt liegt, ist es möglich, daß das Ausland, welches großes Interesse für unsere Normenarbeit zeigt, früher die Früchte unserer Arbeit einheimisch als wir selbst.